Der Europäische Rat

HEINZ STADLMANN

Eine Bilanz

Die Zusammenkünfte der Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft als ‚Europäischer Rat' haben im Jahre 1982 in den entscheidenden Fragen der Weiterentwicklung der EG keine Fortschritte gebracht. Es gelang auch nicht, die internen Probleme der Gemeinschaft, die vor allem in der Neuregelung der Haushaltsfinanzierung und der Reform der Agrarpolitik bestehen, zu regeln. Für den jahrelangen Streit um den englischen Beitrag konnte nur eine Zwischenlösung gefunden werden, die im Auftrag der Regierungschefs von den Außenministern ausgehandelt wurde. Ungeklärt blieb 1982 auch der Beitritt Spaniens und Portugals zur Gemeinschaft, obwohl Bemühungen unternommen wurden, die damit zusammenhängenden Fragen genauer zu definieren und in einzelne Komplexe zusammenzufassen.

1982 stand im Zeichen verschärfter Auseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten und Japan, wobei es vor allem um handelspolitische Differenzen ging. Das amerikanische Röhrenembargo für die geplante sowjetische Gasleitung nach Westeuropa, das mehrere Länder der Gemeinschaft betraf, war Gegenstand der Beratungen im Kreise der Regierungschefs. Hier zeigten sich bei grundsätzlicher Übereinstimmung in der Ablehnung der amerikanischen Restriktionen unterschiedliche Ansichten über die angemessenen Reaktionen der betroffenen Mitgliedstaaten. Frankreich plädierte für eine entschiedenere Haltung, die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien waren stärker auf einen Ausgleich bedacht. Auch gegenüber Japan gab es verschiedene Positionen. Der französische Staatspräsident drängte auf Restriktionen der Gemeinschaft gegen japanische Exporte, die Bundesregierung versuchte mit allen Mitteln, den Handel offen zu halten. Die Außenhandelsposition der EG wurde Ende 1982 zu einem Thema von besonderer Brisanz, wobei sich vor allem die grundsätzlichen Auffassungsunterschiede zwischen Frankreich und der Bundesrepublik bemerkbar machten. Als Gegenleistung für die vor allem von Bonn geforderte Aufrechterhaltung des Binnenmarktes der EG verlangte Frankreich eine stärkere Abschirmung nach außen.

Gegensätze bestimmten auch die wirtschaftspolitischen Diskussionen. Es herrschte zwar Übereinstimmung in der Analyse der Wirtschaftslage, aber über die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Rezession und der immer

stärker zunehmenden Arbeitslosigkeit gingen die Ansichten auseinander. Staatspräsident Mitterrand verfolgte zunächst noch eine Politik der Ankurbelung der Wirtschaft mit staatlichen Programmen und fand dabei die Unterstützung der Wirtschaft mehrerer anderer Mitgliedstaaten. Die Bundesrepublik und Großbritannien setzten weiterhin auf Stabilitätspolitik mit Haushaltskürzungen und entschiedener Bekämpfung der Inflation. Im Laufe des Jahres 1982 zeichnete sich aber in Frankreich eine erste Kursänderung ab, die zu Beginn des Jahres 1983 in ein striktes Sparprogramm der französischen Regierung mündete. Stärker in den Vordergrund rückte die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, obwohl 1982 noch keine konkreten Beschlüsse gefaßt wurden. Die Regierungschefs verpflichteten sich aber, allen Jugendlichen eine verlängerte Ausbildungszeit oder einen Arbeitsplatz zu beschaffen. Mit der Ausarbeitung konkreter Pläne wurde der Ministerrat (Sozialminister) betraut. Eine gewisse Sonderrolle spielte Griechenland, das während des ganzen Jahres das Ziel verfolgte, bessere Bedingungen für seine Mitgliedschaft in der Gemeinschaft zu erhalten. Ministerpräsident Papandreou nutzte die Sitzungen des Europäischen Rates, um die Partnerländer zu Konzessionen zu bewegen. Die ursprünglich von Athen vorgebrachte Forderung, einen Sonderstatus für Griechenland in der Gemeinschaft zu erhalten, wurde fallengelassen. Anfang 1983 galt es als ausgemacht, daß Griechenland im Rahmen der Verträge einen Ausgleich für seine Schwierigkeiten finden würde.

In den üblichen drei Sitzungen des Europäischen Rates spielten auch politische Fragen wieder eine große Rolle. Im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) wurden das Ost-West-Verhältnis, die Lage im Nahen Osten, in Mittelamerika, in Lateinamerika und in anderen Krisengebieten diskutiert. Die Schlußfolgerungen der drei Ratssitzungen[1] enthalten Stellungnahmen zu diesen Problemen, die aber in den meisten Fällen erst nach schwierigen Beratungen zustandekamen und bei der Abfassung nicht unumstritten waren. Dies galt besonders für die Erklärungen zur Lage im Nahen Osten. Die Rolle der Gemeinschaft in diesem Konflikt ist trotz jahrelanger Bemühungen um eine Beteiligung an der Lösung der Differenzen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn zweifelhaft geblieben. Israel begleitet diese Versuche mit anhaltender Skepsis, die arabischen Länder sind überwiegend positiv eingestellt. Die Vereinigten Staaten haben ein ambivalentes Verhältnis und zeigen trotz gelegentlicher öffentlicher Zustimmung in internen Gesprächen auch unverhohlene Skepsis.

Funktion und Arbeitsweise des Europäischen Rates sind auch im Berichtzeitraum nicht frei von Kritik geblieben. Als Bundeskanzler Kohl noch Oppositionsführer war, sprach er vom Europäischen Rat als „einem Symbol kollektiver Unfähigkeit und Verantwortungslosigkeit gegenüber den Bürgern Europas“[2]. Das war nach dem Scheitern der Londoner Gipfelkonferenz, wo die Regierungschefs vergeblich versucht hatten, sich auf die Vorschläge der Kommission für eine bessere Struktur der Gemeinschaftsfinanzen[3] zu einigen. Kohl

warf der damaligen Regierung unter Bundeskanzler Schmidt vor, sich an der Methode zu beteiligen, „ungelöste Fragen aus dem Ministerrat in die Gipfelkonferenzen zu überweisen, von wo sie ebenso unerledigt an die Ministerräte zurücküberwiesen würden". Als Kohl im Dezember 1982 zum ersten Mal als Bundeskanzler in Kopenhagen an einer Sitzung des Europäischen Rates teilnahm, äußerte er sich allerdings vorsichtiger, ließ aber in einem Gespräch mit deutschen Journalisten durchblicken, daß er die Arbeitsweise des Rates nach den ersten Erfahrungen nicht für optimal halte. Nach seiner Ansicht würde zuviel äußerer Aufwand getrieben und zu wenig Zeit für die eigentliche Arbeit verwandt[4]. Bei seiner zweiten Teilnahme an einer Sitzung des Europäischen Rats im März 1983 in Brüssel versprach er, dafür zu sorgen, daß der Gipfel im Juni in Stuttgart unter der deutschen Präsidentschaft eine reine Arbeitssitzung mit zwei vollen Tagen werden würde, bei dem konkrete Entscheidungen getroffen werden sollten.

Die drei Tagungen des Europäischen Rats 1982

Brüssel 29./30. März

Die erste Gipfelkonferenz 1982 in Brüssel unter dem Vorsitz des belgischen Premierministers Martens machte den schwer verständlichen Versuch, das Scheitern der vorangegangenen Tagung in London im November 1981 zu überspielen. Es wäre die Pflicht der Regierungschefs gewesen, die schon sehr weit vorangetriebene Einigung in London zu vollenden oder zumindest den Versuch dazu zu machen. Aber weil man offenbar befürchtete, wieder Schiffbruch zu erleiden, wurde nicht mal ein Anlauf unternommen. Premierminister Martens hatte in einem Brief an die Regierungschefs zur Vorbereitung der Konferenz noch die Frage gestellt, „ob wir nicht einen neuen Impuls geben müßten, damit die Beratungen erfolgreich abgeschlossen werden können"[5]. Er hatte es dann aber als „nicht wünschenswert" bezeichnet, daß der Europäische Rat wieder mit der Debatte über die Sachfragen beginne. Um die Peinlichkeit zu verdekken, hatte man sich mit einem Trick beholfen. Die Außenminister, die noch immer den Auftrag hatten, das britische Beitragsproblem zu lösen, setzten eine weitere Sitzung, die ausschließlich diesem Thema gewidmet werden sollte, in der Woche nach dem Gipfeltreffen an. Damit sollte der Eindruck erweckt werden, die Angelegenheit sei auf dem Wege und für die Regierungschefs gäbe es im Augenblick nichts zu besprechen. Martens hatte aber wohl auch daran gedacht, daß dieser Europäische Rat eine Feierstunde aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Gemeinschaft ausrichten mußte. Unter diesen Umständen wollte er offenbar keinen neuen Fehlschlag riskieren.

Zum Feiern war aber niemandem zumute. Es blieb bei einer nüchternen ‚Gedenkstunde' im Brüsseler ‚Palais des Académies' mit einer Ansprache des belgischen Königs Baudouin und einer Rede des Kommissionspräsidenten Thorn. Die Regierungen hatten sogar Mühe, ihre jeweiligen Kontingente von

zehn Ehrengästen auszuschöpfen. „Im 25. Jahr ihres Bestehens herrscht in der Gemeinschaft allenthalben Katzenjammer"[6]. Thorn nutzte die Gelegenheit der Feierstunde allerdings zu einer ungewöhnlich kritischen Rede, in der er mit Vorwürfen an die Adresse der Regierungen der Mitgliedsländer nicht sparte. Er warf ihnen vor, daß sie in der EG zum klassischen Stil der Verhandlungen zurückgekehrt seien, in denen oft nur ‚gemauert' werde. Einzelne Mitgliedstaaten gingen so weit, Positionen zu verteidigen, die in offenem Widerspruch zu den Grundprinzipien der Verträge stünden. Aus der Rede Thorns sprach die tiefe Enttäuschung über die Behandlung der umfassenden Vorschläge, die die Kommission zur Lösung der Streitfragen in der Gemeinschaft unterbreitet hatte und die er als Grundlage für die weitere Entwicklung der EG verstanden wissen wollte. Er ahnte wohl schon zu dieser Zeit, daß die mühsam erarbeiteten Pläne im Räderwerk der Räte untergehen würden. Tatsächlich ist vom ‚Mandat' für die Kommission und den daraus erwachsenen Programmen im Jahre 1983 kaum noch die Rede.

Kommissionsmitglieder und Europafachleute in den nationalen Regierungen kritisierten auch die Geschäftsführung im Ministerrat durch die belgische Präsidentschaft. Dem Ratspräsidenten Tindemans wurde vorgeworfen, sich in der Zeit zwischen dem Londoner und dem Brüsseler Gipfel nicht genügend um Fortschritte in den umstrittenen Fragen bemüht zu haben. Premierminister Martens wurde angelastet, daß er beim Europäischen Rat in Brüssel keine Anstrengungen unternahm, die Klärung der Streitfragen voranzutreiben. Als geradezu symbolisch wurde empfunden, daß am ersten Tag dieses Gipfels Walter Hallstein starb, der erste Präsident der EG-Kommission, mit dessen Namen sich die großen Hoffnungen der Anfangsjahre der Gemeinschaft verbanden[7].

Brüssel blieb unter diesen Umständen ein Gipfeltreffen ohne Spuren. Die Regierungschefs erörterten ausführlich die wirtschaftliche Lage in der Gemeinschaft, konnten sich aber nicht auf ein gemeinsames Programm zur Bekämpfung der Rezession und der Arbeitslosigkeit einigen. In der Schlußerklärung unterstrich Premierminister Martens die Notwendigkeit einer koordinierten Politik bei Investitionen und beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Es müsse mehr Gewicht auf produktive private und öffentliche Investitionen gelegt werden. Man sei übereingekommen, daß die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten noch 1982 Maßnahmen treffen sollten, mit denen die schwache Investitionstätigkeit belebt werde. Jedes Land sollte dabei nach eigenem Ermessen vorgehen. Die Regierungschefs bekräftigten in diesem Zusammenhang, daß sie der Herabsetzung der Zinsen eine große Bedeutung beimessen. Dieser Passus war auf die Vereinigten Staaten gemünzt, deren Hochzinspolitik die EG-Regierungen übereinstimmend die Hauptschuld an der Rezession und der wachsenden Arbeitslosigkeit gaben. Der Hinweis diente auch der Vorbereitung auf den Weltwirtschaftsgipfel, der im Juni in Paris stattfand und der im Europäischen Rat zur Herstellung einer gemeinsamen Position der EG-Länder diskutiert worden war. Als Absichtserklärung ist in den Schlußfolgerungen die verstärkte

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit enthalten. „Die Mitgliedstaaten werden sich als erstes bemühen, im Verlauf der nächsten fünf Jahre allen Jugendlichen, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen, im Rahmen besonderer Programme oder im Rahmen von Beschäftigungsverträgen eine Berufsausbildung bzw. eine erste Erfahrung am Arbeitsplatz zu sichern."

Die Diskussion über die Wirtschaftslage und die zu ergreifenden Maßnahmen brachte die tiefen Gegensätze innerhalb der Mitgliedsländer deutlich zum Ausdruck. Bundeskanzler Schmidt und die britische Premierministerin Thatcher warnten in der Debatte der Regierungschefs vor der Illusion, man könne das Arbeitslosenproblem mit dem verstärkten Einsatz öffentlicher Mittel lösen. Staatspräsident Mitterrand, der italienische und der dänische Ministerpräsident vertraten die gegenteilige Meinung. Sie wollten auch die Gemeinschaft aktiv in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einschalten und zu diesem Zweck über Anleihen Mittel der EG mobilisieren. Mitterrand setzte sich für einen ‚Jumbo-Rat' ein, in dem mehrere Ministerräte gemeinsam die Sozialpolitik der Gemeinschaft verstärken sollten. Die Bundesrepublik und Großbritannien sahen darin die Gefahr, daß die Ausgaben der Gemeinschaft weiter steigen würden und ihre ohnehin schon hohen Belastungen als einzige Nettozahler im EG-Haushalt noch weiter zunehmen würden. Bundeskanzler Schmidt, der sehr weit ging, wenn es sich um die Beziehungen zu Frankreich handelte, widerstand dieser Art von Gemeinschaftsgeist.

Im politischen Teil der Schlußerklärung von Brüssel[8] wurde an erster Stelle auf die ‚transatlantischen Beziehungen' eingegangen. Aus den verschiedenen Entwürfen, die für diesen Abschnitt von den politischen Direktoren der Außenministerien vorbereitet worden waren, wurde nach langer Diskussion auch im Kreis der Regierungschefs eine relativ kurze und gemäßigte Fassung ausgewählt. Darin unterstrich der Rat lediglich die besondere Bedeutung, die er den Bindungen zu den Vereinigten Staaten beimißt. Er bekräftigte den Willen, die Konsultationen zwischen Europäern und Amerikanern fortzuentwickeln. Besonders begrüßt wurde die Erklärung Präsident Reagans aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Gemeinschaft, in der er den Wunsch der Vereingten Staaten bestätigte, eng und auf der Basis der Partnerschaft mit einem vereinten Europa zusammenzuarbeiten. In weiteren Erklärungen wurde auf die Lage in Polen, in Afghanistan, im Nahen Osten, in der Türkei und in Mittelamerika eingegangen.

Brüssel 28./29. Juni

Völlig farblos verlief das zweite Treffen des Europäischen Rats 1982[9], das wegen der belgischen Präsidentschaft im Juni wieder in Brüssel stattfand. Selbst von der EG-Kommission, die dazu ihren Bericht veröffentlichte[10], ist kein Versuch unternommen worden, diese Veranstaltung nachträglich hochzustilisieren. In der Einleitung hieß es lediglich, die Staats- und Regierungschefs befaßten sich während des größten Teils der Sitzung mit dem Nahostkonflikt und den

jüngsten Maßnahmen der Vereinigten Staaten, womit das Röhrenembargo gegen die Gasleitung von der Sowjetunion nach Westeuropa gemeint war. Erwähnt wurde außerdem der Stand der Verhandlungen über den Beitritt Spaniens und Portugals und, wie üblich, die Erörterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage. Man sei übereingekommen, die Bemühungen um eine verstärkte Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen, die Konvergenz der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, zu intensivieren. Bundeskanzler Schmidt verzichtete nach der Ratssitzung auf die obligatorische Pressekonferenz, was allerdings offiziell mit dringenden Terminen in Bonn begründet wurde. Aber auch ohne die in der Bundesrepublik ausgebrochene Krise in der sozial-liberalen Regierungskoalition hätte es für den Bundeskanzler, der zum letzten Mal vor seinem Rücktritt an einem Europäischen Rat teilnahm, kaum etwas zu berichten gegeben.

Langwierige Verhandlungen hatte es bei diesem Treffen vor allem über die Erklärungen der Gemeinschaft zur Lage im Libanon und zum Verhältnis zu den Vereinigten Staaten gegeben. Entgegen den Wünschen einiger Mitgliedsländer blieb der Ton beider Erklärungen gedämpft. Der französische Staatspräsident hatte sich für eine entschiedenere Sprache gegenüber Israel eingesetzt, das zuvor seine Truppen in den Libanon zur Bekämpfung der palästinensischen Befreiungsverbände geschickt hatte. Mitterrand stieß dabei vor allem auf den Widerstand der Bundesrepublik, Hollands, Belgiens und Dänemarks, die eine stärkere Unterstützung der palästinensischen Befreiungsbewegung ablehnten und Israel nicht einseitig anklagen wollten. Gegen die Bemühungen Mitterrands um eine stärkere Verurteilung der amerikanischen Embargomaßnahmen wandte sich in erster Linie die britische Regierungschefin Thatcher, die dabei von Bundeskanzler Schmidt unterstützt wurde. Die Erklärung zum Nahen Osten trug schließlich deutlich die Züge eines Kompromisses zwischen divergierenden Auffassungen. Sie begann mit der ‚entschiedenen Verurteilung' der israelischen Invasion des Libanon. Die EG sprach ihre Besorgnis darüber aus und verlangte als ersten Schritt einen Rückzug der israelischen Truppen aus ihren Positionen rund um Beirut. Zur gleichen Zeit sollten sich die bewaffneten palästinensischen Kräfte zurückziehen. Die Gemeinschaft stellte fest, daß sie alle Anstrengungen unterstützen wolle, die zur Räumung des Libanon von fremden Truppen führten. Gegenüber Israel wurde die Ansicht vertreten, es fände niemals seine Sicherheit, wenn es nur Gewalt einsetze und vollendete Tatsachen schaffe. Israel könne die ihm zustehende Sicherheit nur finden, wenn es die legitimen Erwartungen des palästinensischen Volkes befriedige. „Die Palästinenser sollten die Gelegenheit zur Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts erhalten, mit allem, was dies einschließe". Damit war man im Rahmen der Erklärung des Europäischen Rats von Venedig aus dem Jahre 1980 geblieben, in der bereits gefordert worden war, daß die palästinensische Befreiungsbewegung (PLO) bei Verhandlungen vertreten sein sollte. Dieses

Mal formulierte man, die PLO sollte mit den Verhandlungen „assoziiert" sein. Die Palästinenser wurden aufgefordert, der Sicherheit und Existenz „aller" Rechnung zu tragen. Auf die Androhung von Sanktionen gegen Israel, wie sie Frankreich gefordert hatte, wurde verzichtet.

Von „Gegenmaßnahmen" war schließlich auch in der Stellungnahme zu den Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten nicht mehr die Rede. Trotz der allgemeinen Verärgerung über das Röhrenembargo Präsident Reagans, das kurz nach dem Weltwirtschaftsgipfel im Juni 1982 in Paris ausgesprochen worden war, setzte sich in der Debatte des Europäischen Rats und der Außenminister der kürzere und mildere Entwurf der britischen Delegation durch. Aus diesem Entwurf und einer härter formulierten Vorlage der belgischen Präsidentschaft wurde ein Kompromiß entwickelt, dessen Kern darin bestand, daß die Mitgliedsländer ‚koordiniert' in Washington vorstellig werden wollten, um die amerikanische Regierung auf die Auswirkungen ihrer verschiedenen Maßnahmen auf die Europäer hinzuweisen. Bundeskanzler Schmidt hatte dazu in der Konferenz erklärt: „Wir wollen keinen Handelskrieg mit der Sowjetunion, aber auch keinen mit den Vereinigten Staaten."[11] Schmidt beeinflußte die Debatte mit der Feststellung, daß er bereits ein Treffen mit dem amerikanischen Außenminister Shultz vereinbart hätte, in dem über das Embargo gesprochen werden sollte. Es dauerte dann allerdings Monate, bis es zur Aufhebung der Restriktionen kam.

Die Abschlußerklärung Premierminister Martens über die Ergebnisse der Beratungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage fiel ungewöhnlich kurz aus und brachte keine neuen Beschlüsse. Hervorgehoben wurde lediglich die Notwendigkeit einer entschiedeneren Förderung der Investitionstätigkeit in den Mitgliedstaaten. Martens unterstrich in seiner Abschlußpressekonferenz, daß die Mitgliedstaaten entschlossen seien, die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal voranzubringen. Kommissionspräsident Thorn begrüßte es, „daß der Europäische Rat wieder zu der ursprünglich für diese Art von Tagung vorgesehene Form zurückgefunden habe und eine ungezwungene und flexible Diskussion sowie ein freimütiger Meinungsaustausch zustandegekommen sei"[12]. Der Zorn des Kommissionspräsidenten vom März über die Entscheidungsunwilligkeit des Europäischen Rats war im Juni offenbar verflogen.

Kopenhagen 3./4. Dezember

Der dritte Gipfel im Jahre 1982 in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen[13] unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Schlüter brachte zunächst schon vom Teilnehmerkreis her eine erhebliche Veränderung. Gleich drei Regierungschefs waren gerade neu ins Amt gekommen und mußten sich mit dem eingefahrenen Gang der Veranstaltung zunächst vertraut machen. Dazu gehörten Bundeskanzler Kohl, der italienische Ministerpräsident Fanfani und Schlüter selbst, der den langjährigen dänischen Ministerpräsidenten Jörgensen abgelöst hatte, in dessen Amtszeit noch der Beginn der dänischen Präsidentschaft gefal-

len war. Es wurde zwar nicht offen ausgesprochen, aber von der dänischen Leitung der Gemeinschaft hatten sich die meisten anderen Mitgliedsländer nicht viel versprochen. Das gespaltene Verhältnis dieses Landes zur EG galt als ausreichendes Hindernis für die Aussicht auf irgendwelche Fortschritte. Der Regierungswechsel hatte aber zumindest eine EG-freundlichere Regierung an die Macht gebracht, die nicht alle Energien darauf verwandte, sorgsam darauf zu achten, daß sich in der Gemeinschaft nichts bewegt, wie dies vorher der Fall war.

So war es denn fast eine Überraschung, daß dieser Europäische Rat wenigstens wieder einen Anlauf nahm, konkrete Beschlüsse zu fassen und sich sogar dazu durchrang, bestimmte Projekte mit festen Terminvorstellungen zu verabschieden. Im Mittelpunkt standen die Vorschläge der EG-Kommission zur Stärkung und zum Ausbau des Binnenmarktes der Gemeinschaft. In der Praxis geht es um die Beseitigung der noch bestehenden Handelshemmnisse im Warenverkehr unter den zehn Mitgliedstaaten. Die Kommission hatte jahrelang vergeblich darauf gedrungen, die zahlreichen Richtlinien zum Abbau dieser Hemmnisse zu erledigen, war aber im Ministerrat immer wieder gescheitert. Jetzt wurde ein Sonderausschuß von Staatssekretären beauftragt, bis Ende März 1983 die Verabschiedung dieser Richtlinien und Verordnungen durchzusetzen. In dieser Entscheidung wurde der positive Aspekt der Kopenhagener Ratstagung gesehen[14]. Ebenfalls auf März 1983 wurde die schon ein Jahr beratene Aufstockung des Anleihe-Darlehen-Instruments der EG von drei auf fünf Milliarden ECU terminiert. Hier war es vor allem die Bundesregierung, die sich bis dahin sehr zurückhaltend gezeigt hatte. Bundeskanzler Kohl war bereit, die deutsche Reserve aufzugeben. Neue Impulse gab es auch für die Erweiterung der EG um Spanien und Portugal. Der Rat bekräftigte mit Zustimmung Frankreichs sein politisches Engagement für die Erweiterung und beauftragte den Ministerrat, die Verhandlungen „so rasch wie möglich voranzutreiben". Ein Termin wurde allerdings nicht festgelegt. Die Landwirtschaftsminister wurden angewiesen, die in diesem Zusammenhang notwendige Korrektur in der Behandlung der Mittelmeerprodukte im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik der bestehenden Zehnergemeinschaft herbeizuführen. Dies ist für Frankreich, Italien und Griechenland eine wesentliche Voraussetzung für den Beitritt Spaniens und Portugals.

Die ersten optimistischen Einschätzungen des Kopenhagener Gipfels wurden aber nicht nur durch die späteren Fehlanzeigen beim Einhalten der vereinbarten Termine 1983 hinsichtlich der Maßnahmen für den Binnenmarkt und der Mittelmeerprodukte beeinflußt. Im Laufe der Beratungen zeigte sich auch wieder, daß es in fundamentalen Fragen der Handelspolitik große Meinungsverschiedenheiten gibt und Frankreich mit wachsender Unterstützung die stärkere Abschottung der EG nach außen betreibt. Es sieht darin eine Vorbedingung für den Ausbau des Binnenmarktes. Die unvermeidliche Protektionismusdebatte wurde zwischen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand

zwar mit großer Behutsamkeit geführt, aber es ließ sich nicht vertuschen, daß sich hier zwei grundverschiedene Auffassungen gegenüberstehen. Als ‚Preis der Eintracht' wurde in einem kritischen Kommentar die Offenhaltung verschiedener heikler Fragen bezeichnet[15]. Für den französischen Staatspräsidenten war dieser Gipfel aber „produktiver und präziser" als frühere Konferenzen.

Die Rolle des Europäischen Rates

Über die Funktion und die Leistungsmöglichkeiten des Europäischen Rates sind auch im Jahre 1982 die Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeräumt worden. Die allgmeine Erwartung, daß dieses in den Römischen Gründungsverträgen der Gemeinschaft nicht vorgesehene Instrument, das erst Ende 1974 auf Vorschlag des damaligen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Éstaing zustandekam, weitreichende politische Impulse für die Entwicklung der EG geben könnte, hat sich bisher nicht erfüllt. Für die meisten Regierungschefs ist die Gelegenheit zum persönlichen Meinungsaustausch der Hauptzweck der Zusammenkünfte. Auch Bundeskanzler Kohl sah darin nach der Teilnahme an zwei Sitzungen des Europäischen Rats den positivsten Aspekt. Er übernahm damit die Einschätzung seines Amtsvorgängers Schmidt und des früheren Staatspräsidenten Giscard d'Éstaing, die sich wiederholt in diesem Sinne geäußert hatten. Schmidt hatte allerdings auch beklagt, daß der Gipfel zu einem „Riesenapparat" geworden sei, bei dem persönliche Bemerkungen kaum noch möglich wären. „Intim", sagte der frühere Bundeskanzler nach einem seiner letzten Europäischen Räte, „waren wir eigentlich nur noch beim Essen." Als Beschlußfassungsgremium hat der Europäische Rat in wichtigen Gemeinschaftsfragen funktioniert. Trotzdem blieben Erfolge aus, weil bei den Detailberatungen in den späteren Fachministerräten die alten Gegensätze wieder ausbrachen. Deshalb wird immer wieder gefordert, auch über die Einzelheiten im Europäischen Rat zu sprechen. Dennoch herrscht Übereinstimmung darüber, daß die Ministerräte de jure das entscheidende Beschlußorgan bleiben müssen. Hallstein sah in seinem Buch über „Die Europäische Gemeinschaft"[16] im Europäischen Rat eine Verquickung von Gemeinschaft und politischer Zusammenarbeit, die nicht frei von Zweideutigkeiten sei. Die Bewertung des Gesamtergebnisses hinge nach seiner Ansicht von dem Maßstab ab, den man dafür anlege. Für sich allein genommen sei seine Existenz nützlicher, als wenn es nichts dergleichen gäbe. Aus der Zweideutigkeit, die der erste Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften schon in den späten siebziger Jahren feststellte, ist der Europäische Rat der Regierungschefs bisher nicht herausgekommen.

Anmerkungen

1 Siehe Dokumente Nr. 2, 7 u. 13 in diesem Band.
2 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.12.1981.
3 Ausgangspunkt war das ‚Mandat' der Regierungschefs an die Kommission vom 30.5.1980, Vorschläge für eine Neuregelung des englischen Beitrags zu machen; siehe ergänzend dazu Wolfgang Wessels, Der Europäische Rat, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, Bonn 1982, S. 43–55.
4 Vgl. Die Welt, 6.12.1982.
5 Zitiert aus dem Brief von Premierminister Martens an Bundeskanzler Schmidt vom 22.3.1982. Gleichlautende Briefe gingen an alle anderen Regierungschefs der Gemeinschaftsländer.
6 EG-Magazin, April 1982, S. 3.
7 Vgl. Economist, 3.4.1982.
8 Siehe Dokument Nr. 2 in diesem Band.
9 Siehe Dokument Nr. 7 in diesem Band.
10 Bulletin der EG, 6/1982, S. 16ff.
11 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.6.1982.
12 Bulletin der EG, 6/1982, S. 18.
13 Siehe Dokument Nr. 13 in diesem Band.
14 Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 7.12.1982.
15 Vgl. Handelsblatt, 6.12.1982.
16 Walter, Hallstein, Die Europäische Gemeinschaft, Düsseldorf 1979, S. 117f.

Weiterführende Literatur

Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt 1983 die Präsidentschaft in EG und EPZ, Sonderdruck des Auslandskurier, November/Dezember 1982.

Die deutsche Präsidentschaft, Sonderdruck aus der Europäischen Zeitung, Dezember 1982, Bonn: Europa Union Verlag 1982.

Wessels, Wolfgang, Der Europäische Rat, Stabilisierung statt Integration? Geschichte, Entwicklung und Zukunft der EG-Gipfelkonferenzen, Bonn: Europa Union Verlag 1980.

Ders., Der Europäische Rat, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1980, Bonn: Europa Union Verlag 1981, S. 39–48.

Ders., Der Europäische Rat, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, Bonn: Europa Union Verlag 1982, S. 43–56.